



Presseinformation

Nr. 231/ 2014

Kiel, Dienstag, 20. Mai 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Hochschule / Beschluss der Universität Flensburg

Christopher Vogt: Der merkwürdige Beschluss der Universität Flensburg zugunsten der Ministerin muss vollständig aufgeklärt werden

Zur anhaltenden Diskussion über den umstrittenen Beschluss der Universität Flensburg zugunsten der Bildungsministerin erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es ist ausgesprochen bedauerlich, dass die dringend notwendige Sachdiskussion über die elementare Frage der zukünftigen Lehrerausbildung durch das miserable Krisenmanagement dieser Landesregierung kaum möglich ist. Die Zahlen zum Ausbau der Universität Flensburg, die die Landesregierung offenbar den Koalitionsfraktionen geliefert hat, werden dem Parlament noch immer vorenthalten. Was ist das für ein Parlamentsverständnis und was hat die Landesregierung zu verbergen?

Beinahe täglich kommen zudem immer neue Informationen zu dem merkwürdigen Beschluss der Universität ans Licht, die weitere Fragen aufwerfen und an den bisherigen Verlautbarungen der Landesregierung massive Zweifel aufkommen lassen. Die Landesregierung sollte endlich damit aufhören, sich in Widersprüche zu verstricken und immer nur das einzuräumen, was auf anderem Wege an die Öffentlichkeit gekommen ist. Sie muss endlich offensiv zur vollständigen Aufklärung beitragen.

Eine zeitnahe Sondersitzung des Bildungsausschusses ist vor diesem Hintergrund dringend geboten und sollte eigentlich auch im Sinne der Landesregierung sein. Ministerpräsident Albig und seine Bildungsministerin sind aufgefordert, dabei aktiv zur Aufklärung beizutragen und den Parlamentariern Rede und Antwort zu stehen. Ebenso erwarten wir, dass das Präsidium und der Vorsitzende des Senats der Universität Flensburg an der Bildungsausschusssitzung teilnehmen und sich äußern werden. So soll auch die Frage der etwaigen

Mitwirkung von Frau Wende an dem Beschluss der Universität beleuchtet werden.

Falls die Landesregierung noch immer nicht gewillt ist, sich konstruktiv an der Aufarbeitung dieses unglaublichen Vorgangs zu beteiligen, wird die FDP-Fraktion nicht zögern, durch weitere parlamentarische Mittel eine vollständige Aufklärung zu ermöglichen.“